

Der seit fast zwei Jahren geführte Streit um eine Neuregelung des Paragraphen 218 ist möglicherweise bald beendet. Eine Mehrheit für eine Fristenregelung mit Pflichtberatung scheint sicher, nachdem mehrere Unionsabgeordnete dem Gruppenantrag von SPD und FDP (Deutsches Ärzteblatt 21/1992) ihre Unterstützung zugesagt haben. Voraussetzung war ein Kompromiß, wonach sich die Frau in einer „Konflikt- und Notlage“ befinden muß. Anders als das von der Mehrheit der Unionsfraktion bevorzugte Indikationsmodell sieht der Antrag jedoch keine gesetzliche Nachprüfung vor. Die Frau soll innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate selbst entscheiden dürfen.

Sollte sich das Parlament für diese Lösung entscheiden, dann muß man sich mit dem betrüblichen Tatbestand abfinden, daß die Abtreibung eine Form der Geburtenkontrolle geworden ist. Doch andererseits sollte man sich darüber klar sein, daß nur von der Frau selbst eine Entscheidung getroffen werden kann. Jedenfalls halten es die Ärzte, so der letztjährige Ärzte-

§ 218

Lösung in Sicht

tag, für unzumutbar, daß es nach Vorstellungen des Entwurfs der Unionsfraktion Aufgabe der ärztlichen Tätigkeit sein soll, Notlagen zu definieren, die nicht objektivierbar sind.

Die im Gruppenantrag vorgesehene Pflichtberatung wird der Frau sicher helfen, eine verantwortungsbewußte, eigene Gewissensentscheidung zu treffen. Zum Beispiel durch die Darlegung der Rechtsansprüche von Mutter und Kind und der möglichen praktischen Hilfen. Auf diese Weise könnten zahlreiche Frauen auch zur Fortsetzung ihrer Schwangerschaft bewegt werden.

Der veränderte Gruppenantrag soll jetzt noch in den Fraktionen beraten werden. Der Bundestag will am 25. und 26. Juni entscheiden. 332 Stimmen benötigt die Vorlage, wenn sie

im Parlament bestehen soll. SPD und FDP haben zusammen 318 Stimmen. In diesen beiden Fraktionen besteht nach Äußerungen von Abgeordneten noch am ehesten die Möglichkeit zu einer breiten Mehrheit. Wenn der CDU-Rechtsexperte Horst Eylmann mit seiner Einschätzung Recht behält, dann werden von den Christdemokraten 24 Ja-Stimmen kommen. Das würde ausreichen. PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Grüne haben bisher keine einheitliche Meinung geäußert. Aus beiden Gruppen kamen Anträge, die eine völlige Freigabe von Abtreibungen beabsichtigen.

Es bleibt zu hoffen, daß bei der Debatte um ein neues Abtreibungsrecht eine faire Diskussion geführt wird. Jeder Abgeordnete folgt seinem Gewissen. So sieht es die Verfassung vor, und niemand sollte dem anderen Unredlichkeit oder unchristliches Verhalten vorwerfen. Und eins sollten die entschiedenen Gegner des Gruppenantrags nicht vergessen: Ohne einen Kompromiß wird möglicherweise das Recht der ehemaligen DDR auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt. **Kli**

Eins ist wohl jetzt schon sicher: An dem neuen Spargesetz des neuen Bundesgesundheitsministers wird die deutsche Sprache (wieder mal) vor die Hunde gehen. Was der Minister persönlich bestimmt nicht zu verantworten hat, und er ist ja auch nicht der erste, dem das passiert. Bei seinen weiter zurückliegenden Amtsvorgängern handelte es sich aber wenigstens „bloß“ um Wortungestüme wie „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz“ und „Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz“.

Aber der sonst doch so sprachschöpferische Norbert Blüm konnte sich offenbar schon nicht mehr dagegen wehren, daß sein Opus den unsinnigen Titel „Gesundheits-Reformgesetz“ bekam – was wurde denn da ei-

Sparpläne

„Greifen“

gentlich „reformiert“? Es spricht für die sprachliche Sensibilität der Leserschaft dieses Blattes, daß sie die Redaktion häufig in Leserbriefen ermahnt. Deshalb wird diese Bezeichnung bis auf den heutigen Tag oft mit Gänsefüßchen versehen.

Sollte Seehofers Werk, wie zu befürchten ist, die unsinnige Kurzbezeichnung „Gesundheits-Strukturgesetz“ erhalten – tja, was sollen wir denn dann machen? Gänsefüßchen in Fraktur? (Abkürzung: GSG. Und weiter? GSG 1 bis GSG 9? Erinnern Sie sich?)

Im Vorfeld hatten wir es wieder einmal mit „Eckwerten“ zu tun, über deren sprachliche Wertigkeit auch schon keiner mehr nachdenkt. Was sind eigentlich „Eckwerte“? Und worin unterscheiden sie sich von „Eckpunkten“? Etwas zum stilistischen Anecken vielleicht?

Stark im Kommen ist wieder mal „Greifen“. „Seehofer greift bei den Patienten Geld ab“, stand irgendwo. „Im doppelten Sinne ein Griff in die Mottenkiste des übelsten Manchester-Kapitalismus“ ist auch nicht schlecht.

Am weitesten hat es hier bisher der SPD-Sozialfachmann Rudolf Dreßler gebracht. Er erfand so etwas wie den reziproken Taschendieb: „Man greift den Patienten mit vollen Händen in die Tasche“ ... **gb**